



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

***der Direktion Inneres und Kommunales
über die Einschau in die Gebarung***

der Marktgemeinde

Putzleinsdorf

IKD(Gem)-512.278/3-2008-Wit

Impressum

Herausgeber: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1
Redaktion und Graphik: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Herausgegeben: Linz, im Jänner 2009

Die Prüfungsgruppe der Direktion Inneres und Kommunales beim Amt der Oö. Landesregierung hat in der Zeit vom 14. August 2008 bis 18. September 2008 gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 (GemO) in Verbindung mit § 1 Oö Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Putzleinsdorf, Bezirk Rohrbach, vorgenommen.

Zur Prüfung, die 16 Arbeitstage in Anspruch nahm, wurden die Jahre 2005 bis 2007 herangezogen. Wenn nötig wurden auch die Gebarungen der Vorjahre sowie des laufenden Jahres 2008 miteinbezogen. Die Zahlen aus dem Jahr 2008 wurden dem Voranschlag entnommen.

Der Bericht gibt Aufschluss über die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Empfehlungen zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses. Weiters wurde die Durchführung und finanzielle Abwicklung der außerordentlichen Vorhaben einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Die Anmerkungen in Kursivdruck zu den einzelnen Punkten kennzeichnen die Empfehlungen der Direktion Inneres und Kommunales die von den zuständigen Organen der Gemeinde entsprechend umzusetzen sind. Ist kein bestimmter Zeitpunkt angegeben, so ist die Umsetzung bis spätestens 1. September 2009 zu bewerkstelligen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
Gesamtbericht	6
Die Marktgemeinde	6
Wirtschaftliche Situation	7
Finanzausstattung	8
Umlagen	9
Fremdfinanzierungen	10
Kassenkredit	10
Rücklagen.....	11
Personal	12
Öffentliche Einrichtungen	13
Abwasserbeseitigung.....	13
Abfallbeseitigung.....	14
Kindergarten.....	15
Freibad	16
Gemeindevertretung	17
Prüfungsausschuss	17
Sitzungsgeldverordnung	17
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	17
Weitere Gebarungsfeststellungen	18
Förderungen und freiwillige Ausgaben	18
Investitionen und Instandhaltungen	18
Bauhof.....	19
Nahwärme.....	19
Aufschließungsbeiträge.....	20
Vorhaben im außerordentlichen Haushalt	20
Allgemeines.....	20
Investitionsvorschau	20
Schlussbemerkung	21

Kurzfassung

Im Jahr 2003 wie auch 2004 hatte der ordentliche Haushalt einen Abgang erwirtschaftet. Eine sparsame Gebarungsführung bildete die Grundlage für die Trendwende von einer negativen hin zu einer positiven Gebarungssituation in den Jahren 2005 und 2006. Im Jahr 2007 konnte ein Überschuss von rd. € 50.000 erzielt werden.

Weiters konnten in den letzten 2 Jahren Rücklagen von rd. € 276.000 gebildet werden. Den Gemeindeverantwortlichen kann somit eine überaus weitsichtige und wirtschaftliche Vorgangsweise bescheinigt werden.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2009 bis 2011 jeweils Pluswerte zwischen € 216.100 und € 297.000. Demnach stehen auch in Zukunft Geldmittel für Investitionen im ordentlichen Haushalt und Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt bzw. zu den Rücklagen zur Verfügung.

Der außerordentliche Haushalt (Abwicklung der Bauvorhaben) zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 einen geringen Abgang, welcher im Jahr 2008 ausfinanziert wird.

Die Belastung aus den Darlehensverbindlichkeiten (Zinsen und Tilgungen) betrug im Finanzjahr 2007 rd. € 110.500. Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen beträgt die Nettobelastung rd. 5,9 %, was als mittelmäßiger Wert zu bezeichnen ist. Im Jahr 2011 werden die Darlehensverbindlichkeiten auf rd. € 61.100 deutlich zurückgehen.

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 war ein Gesamtschuldenstand von rd. € 1,905 Mio. bzw. € 1.205 je Einwohner gegeben. Rd. 99 % der Darlehen wurden für den Ausbau der Kanalanlagen bzw. der Kläranlage aufgenommen.

Die Abwasserentsorgung verursachte in den letzten Jahren laufend hohe Abgänge. Die fehlenden Mittel summierten sich in den letzten 4 Jahren auf rd. € 223.000. Der Grund für den jährlichen Abgang liegt in den hohen Schuldentrückzahlungen für die errichtete Kläranlage und die Kanalstränge.

Das Freibad wies von 2004 bis 2007 einen durchschnittlichen Betriebsfehlbetrag von rd. € 10.400 jährlich auf. Im Jahr 2007 wurden an 36 Badetagen insgesamt 587 Tageskarten, 144 Abendkarten und 114 Saison- bzw. Gruppenkarten verkauft. Daraus errechnet sich ein Zuschuss durch die Gemeinde pro Badetag von rd. € 200 bzw. pro Karte von rd. € 8,34.

Die letzte Abänderung der Badetarife erfolgte durch den Gemeindevorstand am 9.12.2004 für die Badesaison 2005 und liegt demnach schon fast vier Jahre zurück. Aufgrund der bereits lange zurückliegenden Anpassung der Tarife und des jährlichen Abganges wäre für die Badesaison 2009 eine Erhöhung der Tarife vorzunehmen.

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben blieb die Gemeinde in den letzten Jahren in einem annehmbaren Rahmen. Im Jahr 2007 waren die Ausgaben mit rd. € 26.100 gegeben. Daraus errechnet sich ein Betrag pro Einwohner von rd. € 16.

In den nächsten Jahren hat die Marktgemeinde sehr viele Baumaßnahmen bzw. Sanierungen geplant. Aus den geplanten Maßnahmen errechnet sich ein Investitionsvolumen von rd. € 2,7 Mio. bis in das Jahr 2011.

Das zukünftige Investitionspaket kann in ihrer Zeitabfolge als unrealistisch und finanziell nicht durchführbar bezeichnet werden. Die Realisierung aller Vorhaben hätte einen markanten Liquiditätsengpass im Haushalt zur Folge, den es zu verhindern gilt. Deshalb sind die geplanten Vorhaben nach den vorhandenen Mitteln und nach der Priorität nur Zug um Zug zu realisieren. Die Leistbarkeit und die Folgekosten einer Investition sind vor der tatsächlichen Realisierung immer zu prüfen.

Gesamtbericht

Die Marktgemeinde

Die Marktgemeinde Putzleinsdorf im Bezirk Rohrbach hat 1.583 Einwohner und verfügt über eine Flächenausdehnung von rd. 22 km².

Die Marktgemeinde unterteilt sich in 2 Katastralgemeinden (Ollerndorf, Putzleinsdorf) und in insgesamt 29 Ortschaften. Der Hauptort liegt auf einer Seehöhe von 599 m, wobei die höchste Erhebung (am Ausläufer des Paussauerwaldes) am Frauenwald bei ca. 900 m und der tiefste Punkt in der Mühlensenke bei ca. 570 m liegt. Das Straßennetz beläuft sich auf ca. 40 km.

Die Marktgemeinde zeigt eine eher ländliche Prägung. Dies verdeutlicht auch das geringe eigene Steueraufkommen von rd. 15 % der Steuerkraft. Wichtigste Einnahmequelle sind damit die Bundesertragsanteile, wobei Schwankungen große Auswirkungen auf den Gesamthaushalt haben.

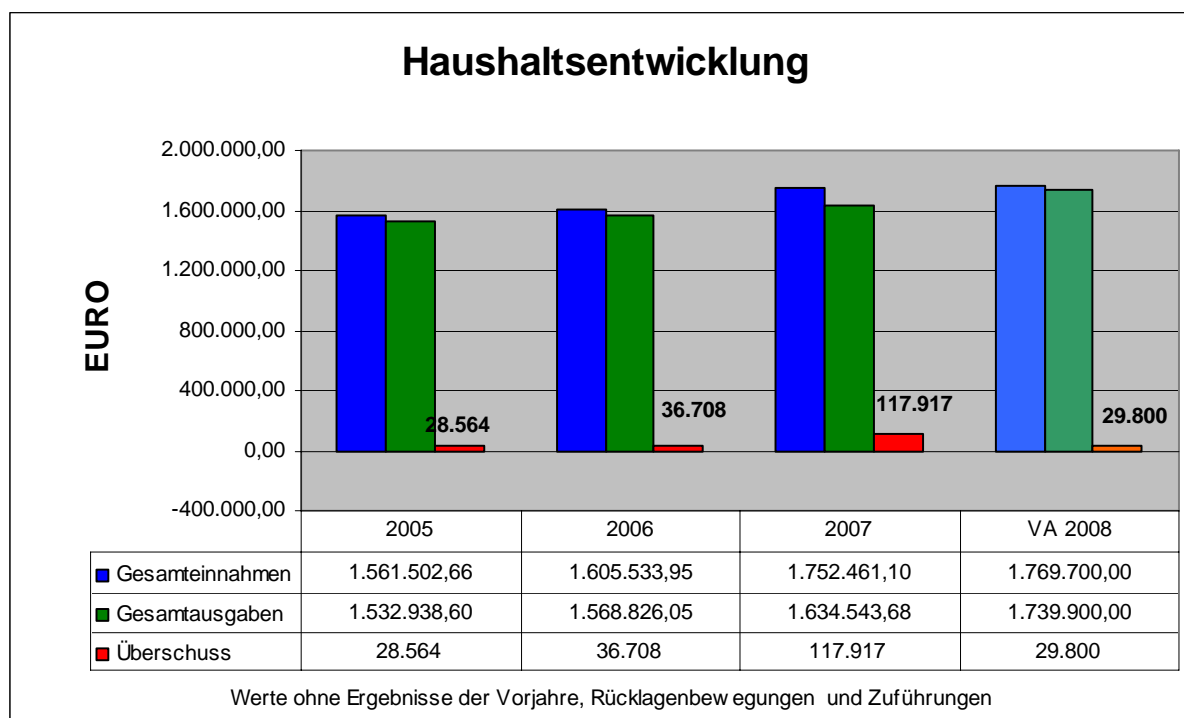
In den letzten Jahren wurde zu rd. 29 % in den Sportanlagenbau (€ 618.000), zu rd. 26 % in den Bauhofneubau (€ 560.000), zu rd. 23 % in den Kanalbau (€ 492.000) und zu rd. 17 % in das Straßennetz (€ 377.000) investiert. Rund 95 % der Ausgaben (rd. € 2,05 Mio.) wurden für obenangeführte Vorhaben aufgewendet.

Trotz der doch hohen Investitionen war die finanzielle Bedeckung bei den einzelnen Vorhaben immer gegeben und der außerordentliche Haushalt somit im geordneten Zustand.

Auch in den Jahren 2009 bis 2011 ist laut Mittelfristigem Finanzplan ein enormes Investitionsvolumen von rd. € 2,7 Mio. vorgesehen. So wie in der Vergangenheit, ist auch bei den geplanten Vorhaben nach den vorhandenen Mitteln und nach Prioritäten gereiht die Realisierung der Bauten in Angriff zu nehmen.

Auch die Folgekosten wären immer im Auge zu behalten.

Wirtschaftliche Situation



Im Jahr 2003 (€ 86.400) wie auch 2004 (€ 30.400) hatte der ordentliche Haushalt einen Abgang erwirtschaftet. Durch die Auflösung von Rücklagenmittel im Jahr 2004 (€ 154.500) konnte das Haushaltsergebnis 2004 nicht nur ausgeglichen werden, sondern es blieb darüber hinaus laut Rechnungsabschluss noch ein Überschuss von rd. € 37.700 übrig.

Die Rücklagenauflösung und eine sparsame Gebarungsführung bildeten die Grundlage für die Trendwende von einer negativen hin zu einer positiven Gebarungssituation in den Jahren 2005 und 2006.

Im Jahr 2007 konnte aufgrund der höheren Einnahmen bei den Bundesertragsanteilen der jährliche Überschuss auf rd. € 117.900 noch einmal erhöht werden. Abzüglich der Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt und zu den Rücklagen verblieb im Jahr 2007 schlussendlich ein Überschuss von € 50.500.

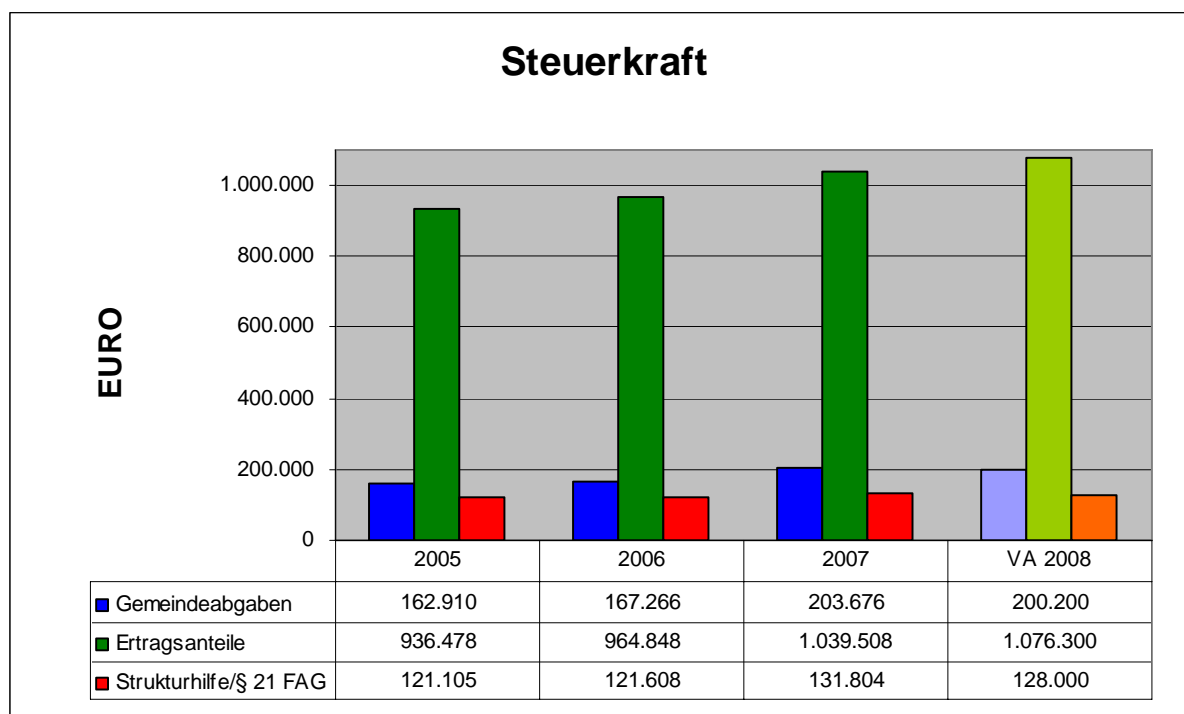
Weiters konnten in den letzten 2 Jahren Rücklagen von rd. € 276.000 gebildet werden. Den Gemeindeverantwortlichen kann somit eine überaus weitsichtige und wirtschaftliche Vorgangsweise bescheinigt werden.

Der Voranschlag 2008 zeigt (inkl. der Zuführungen von € 29.800) bei Einnahmen bzw. Ausgaben von € 1,769.700 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2009 bis 2011 jeweils Pluswerte zwischen € 216.100 und € 297.000. Demnach stehen auch in Zukunft Geldmittel für Investitionen im ordentlichen Haushalt und Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt bzw. zu den Rücklagen zur Verfügung.

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 bei insgesamt 8 Vorhaben einen Abgang von rd. € 19.700, welcher im Jahr 2008 ausfinanziert wird.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft betrug im Jahr 2004 rd. € 1,152 Mio. und stieg bis 2007 um rd. 19,3 % auf rd. € 1,375 Mio. - bzw. rd. € 870 je Einwohner - an. Auch im Jahr 2008 wird infolge der weiter steigend prognostizierten Bundesertragsanteile die Steuerkraft um rd. € 30.000 auf rd. € 1,405 Mio. steigen.

Die Steigerung von 2004 bis 2007 um rd. € 223.000 ist vorwiegend auf die um rd. € 161.100 höher eingegangenen Ertragsanteile und die um rd. € 53.400 gestiegenen Gemeindeabgaben zurückzuführen. Auch die Finanzausweisungen stiegen um rd. € 8.300 an.

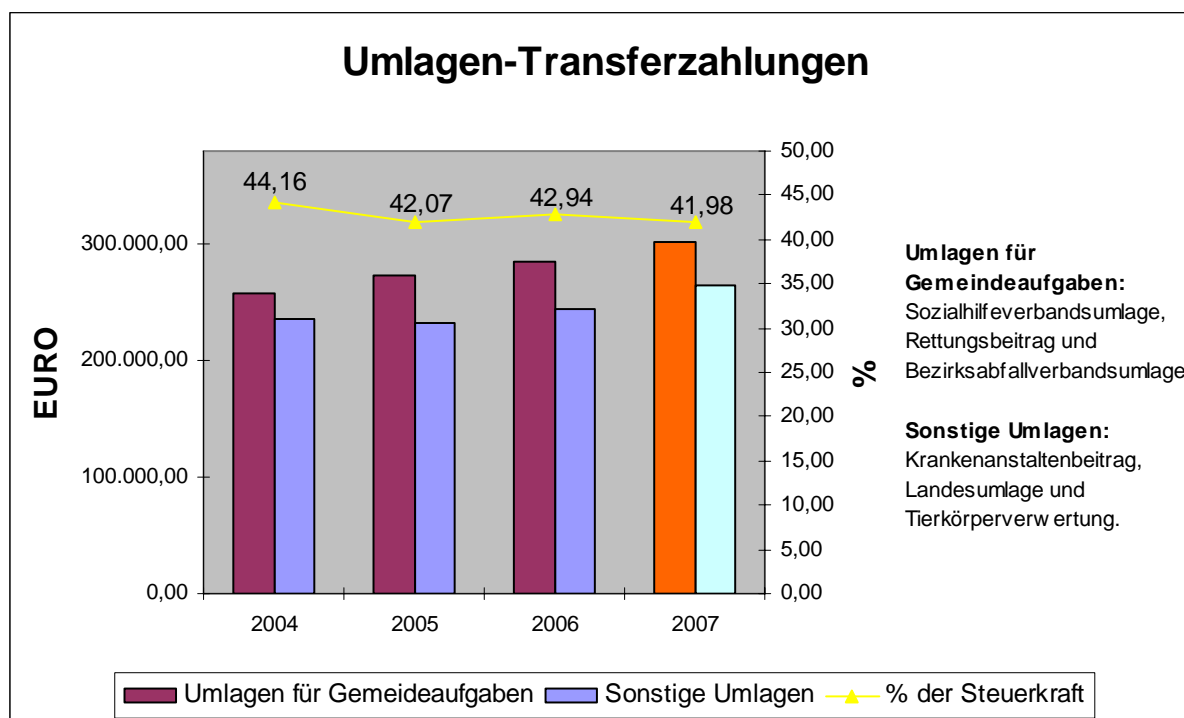
Die Ertragsanteile erfuhren besonders ab dem Jahr 2005 (rd. + € 58.100 gegenüber 2004) und in der Folge auch im Jahr 2007 (rd. + € 103.000 gegenüber 2005) einen markanten Anstieg. Auch 2008 ist wieder mit einer Erhöhung von rd. € 37.000 zu rechnen.

Ausschlaggebend für die höher vereinnahmten Gemeindeabgaben waren die Steigerungen bei der Kommunalsteuer (+ € 37.900) und der Grundsteuer B (€ 14.900). Bei den Gemeindeabgaben waren auch keine größeren Zahlungsrückstände ersichtlich, was auf eine gute Zahlungsmoral der Bevölkerung und eine konsequente Gebühreneinhebung durch die Gemeinde hinweist.

Die Finanzausweisungen (§§ 21 und 23 FAG) des Bundes stiegen von 2004 auf 2007 um rd. € 21.900 an. Demgegenüber fielen die Strukturhilfeeinnahmen bzw. der Katastrophenzuschuss um rd. € 5.700 bzw. rd. € 7.800.

Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2007 rd. 15 % der Steuerkraft. Damit kann das Steueraufkommen als gering eingestuft werden.

Umlagen



Die von der Marktgemeinde für die oa. Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen stiegen von 2004 (€ 494.000) bis 2007 (€ 566.500 bzw. € 358 je Einwohner) um rd. € 72.500 an. Der Voranschlag für 2008 sieht einen weiteren Anstieg der Zahlungen auf rd. € 607.800 (+ € 41.300) vor.

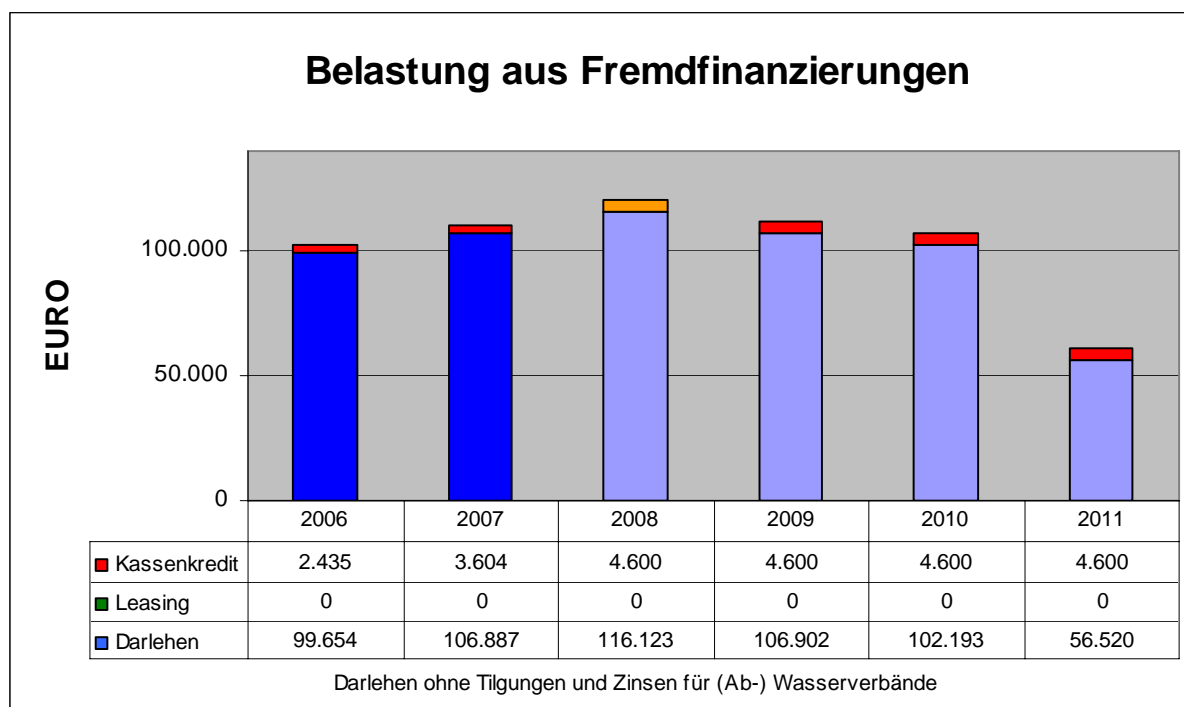
Die fallenden Prozentsätze (44,16 % = 2004 auf 41,98 % = 2007) im Vergleich der Umlagezahlungen zur Steuerkraft zeigen an, dass die Steuerkrafteinnahmen stärker anstiegen als die Umlagezahlungen. Im Jahr 2007 waren damit rd. 42 % der Steuerkrafteinnahmen notwendig, um die Zahlungen von rd. € 566.500 leisten zu können. Im Jahr 2004 waren noch rd. 44 % der Steuerkrafteinnahmen notwendig.

Die Umlagen 2007 teilen sich in Umlagezahlungen für Gemeindeaufgaben € 302.400 (SHV-Umlage € 240.600, Rettungsbeitrag € 9.800 und BAV-Beitrag € 52.000) und sonstige Umlagen € 264.200 (Krankenanstaltenbeitrag € 220.000, Landesumlage € 32.500 und TKV-Beitrag € 12.700).

Ausschlaggebend für den Anstieg im Beobachtungszeitraum 2004 bis 2007 war einerseits die Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage um rd. € 39.400 und andererseits der Krankenanstaltenbeitrag, welcher um rd. € 31.600 höher ausfiel. Der Beitrag für die Tierkörperverwertung fiel um rd. € 6.400. Die restlichen Umlagen bzw. Beiträge stiegen nur geringfügig an.

Bemerkt wird noch, dass ca. 53,5 % der Zahlungen eigentlich für Gemeindeaufgaben getätigt wurden und diese in den letzten Jahren mit rd. € 44.100 am stärksten anstiegen. Auch 2008 zeigt die Tendenz vor allem bei der SHV-Umlage (+ € 23.900) und beim Krankenanstaltenbeitrag (+ € 16.900) weiterhin nach oben.

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Die Belastung aus den Darlehensverbindlichkeiten (Zinsen und Tilgungen) betrug im Finanzjahr 2007 rd. € 113.300. Im Rahmen der Wasserbauten erhielt die Gemeinde im Finanzjahr 2007 Annuitätzuschüsse von rd. € 2.800, sodass eine Nettobelastung von rd. € 110.500 verblieb. Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen beträgt somit die Nettobelastung rd. 5,9 %, was als mittelmäßiger Wert zu bezeichnen ist.

Im Jahr 2011 werden die Darlehensverbindlichkeiten durch das Auslaufen des Darlehens für die Kläranlage auf rd. € 61.100 deutlich zurückgehen.

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 war ein Gesamtschuldenstand (ohne Investitionsdarlehen den Landes von € 426.900) von rd. € 1,905 Mio. bzw. € 1.205 je Einwohner gegeben. Rd. 99 % der Darlehen wurden für den Ausbau der Kanalanlagen bzw. der Kläranlage aufgenommen.

Für die letzte Darlehensaufnahme (€ 420.000; Abwasserbeseitigung BA 04) wurden 6 Bankinstitute zur Angebotslegung eingeladen, wobei 3 Banken Angebote abgegeben haben. Die Angebotseröffnung erfolgte am 18.11.2005 am Gemeindeamt. Das günstigste Angebot legte eine Bank mit 2,365 % (6-Monats-Euribor + 0,095 %-Punkte Aufschlag), welcher auch dann der Zuschlag vom Gemeinderat erteilt wurde.

Kassenkredit

Im ersten Halbjahr 2007 musste der Kassenkredit bis zu rd. € 200.000 beansprucht werden. Ab Mitte August 2007 zeigte das Kassenkreditkonto laufend Guthabensstände. Mit Ende 2007 betrug das Guthaben am Konto rd. € 163.000.

Die Zinsenbelastung durch den Kassenkredit betrug in den letzten 4 Jahren durchschnittlich jährlich rd. € 3.200. Im Jahr 2007 standen den Sollzinsen von rd. € 1.940 Habenzinsen von rd. € 1.330. gegenüber. Somit war eine Nettozinsbelastung von rd. € 610. gegeben. Die Zinsbelastung war in den letzten Jahren – aufgrund der sich bessernden Finanzlage – laufend rückläufig. Während der Habenzinssatz mit 2,625 % viel zu niedrig ist, muss der Sollzinssatz mit Basis 3-Monats-Euribor + 0,75 % Aufschlag als sehr hoch eingestuft werden. *Durch Zinssatzverhandlungen bzw. Ausschreibungen sind die Zinssätze auf ein marktkonformes Niveau zu bringen.*

Rücklagen

Im Jahr 2004 musste die Gemeinde aufgrund der negativen Ergebnisse der Jahre 2003 (Abgang € 86.400) und 2004 (Abgang € 16.700) die gesamten Rücklagen (€ 140.900) auflösen.

Mit der Ansparung von Rücklagenmittel wurde 2006 wieder begonnen (€ 26.000). Aufgrund der guten Gebarungsergebnisse der Jahre 2005 bis 2007 konnten die Rücklagen 2007 um rd. € 250.000 stark aufgestockt werden.

Mit Ende des Finanzjahres 2007 wird folgender Rücklagenbestand ausgewiesen:

Rücklage Bauhof	€ 70.000,00
Rücklage Freibad	€ 43.000,00
Rücklage Grundeinlöse	€ 13.000,00
Kanalbaurücklage	€ 100.000,00
Betriebsmittlrücklage	€ 50.000,00
Gesamtsumme:	€ 276.000,00

Die Rücklagenmittel werden zum Teil zur Verstärkung des Kassenbestandes der Gemeindekasse herangezogen. Sparbücher bestehen nicht. Ein Teil der zur Verfügung stehenden Gelder war für kurz- bzw. mittelfristige Termingeldeinlagen genutzt worden. Der Zinssatz von 3,25 % für ein Tagesgeldkonto entsprach zum Prüfungszeitpunkt nicht den marktkonformen Zinskonditionen.

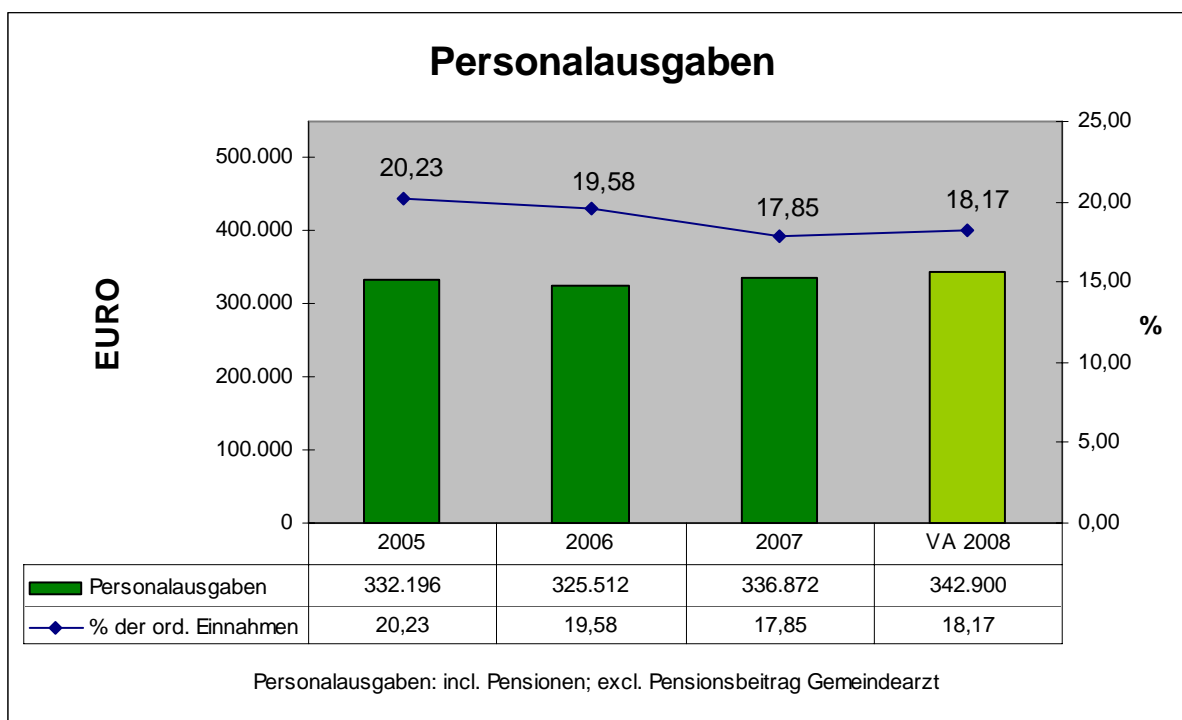
Die Gemeinde hat künftig den Kapitalmarkt genau zu beobachten und auch während der Laufzeit auf die Marktkonformität der Zinskonditionen zu achten bzw. diese bei den Bankinstituten einzufordern.

Der Gemeinde kann bei der Vorsorge für spätere Erneuerungen von wertgeminderten Vermögensgegenständen bzw. für Erweiterungen bei wachsendem Bedarf ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Es wird jedoch nicht als praktikabel angesehen, dass bei negativ bilanzierenden Einrichtungen (zB. Freibad, Bauhof) diese auch noch mit einer Rücklagenentnahme belastet werden. Damit wird die Aussagekraft der einzelnen Gebarungsansätze negativ beeinträchtigt, wodurch dem Betrachter ein unrichtiges Ergebnis vermittelt wird.

Künftig sind aus den verbleibenden allgemeinen Mitteln des ordentlichen Haushalts die betreffenden Rücklagen wenn nötig genau zu dotieren bzw. ist eine allgemeine Rücklage zu bilden.

Personal



Die Personalausgaben fielen von 2004 (rd. € 346.900) bis in das Jahr 2007 (rd. € 336.900) um rd. € 10.000 bzw. rd. 3 %. Von diesem Betrag entfielen 2007 rd. € 53.000 bzw. rd. 16 % auf Pensionszahlungen.

Für das Finanzjahr 2008 wurden Personalaufwendungen von rd. € 342.900 veranschlagt.

Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes betrug der Personalaufwand im Jahr 2007 rd. 17,9 %. Dieser Prozentsatz ist vergleichsweise mit anderen Gemeinden als niedrig einzustufen.

Die geringeren Personalausgaben beruhen vor allem auf dem reduzierten Personalstand in der Allgemeinen Verwaltung. Im Dienstpostenplan sind zwei Personaleinheiten für den Kassensführer und eine Kanzleikraft ausgewiesen. Diese sind derzeit mit 1,37 PE besetzt. Dadurch werden hier insgesamt rd. 25 Wochenstunden eingespart. Es kann damit von einer sparsamen Verwaltung gesprochen werden.

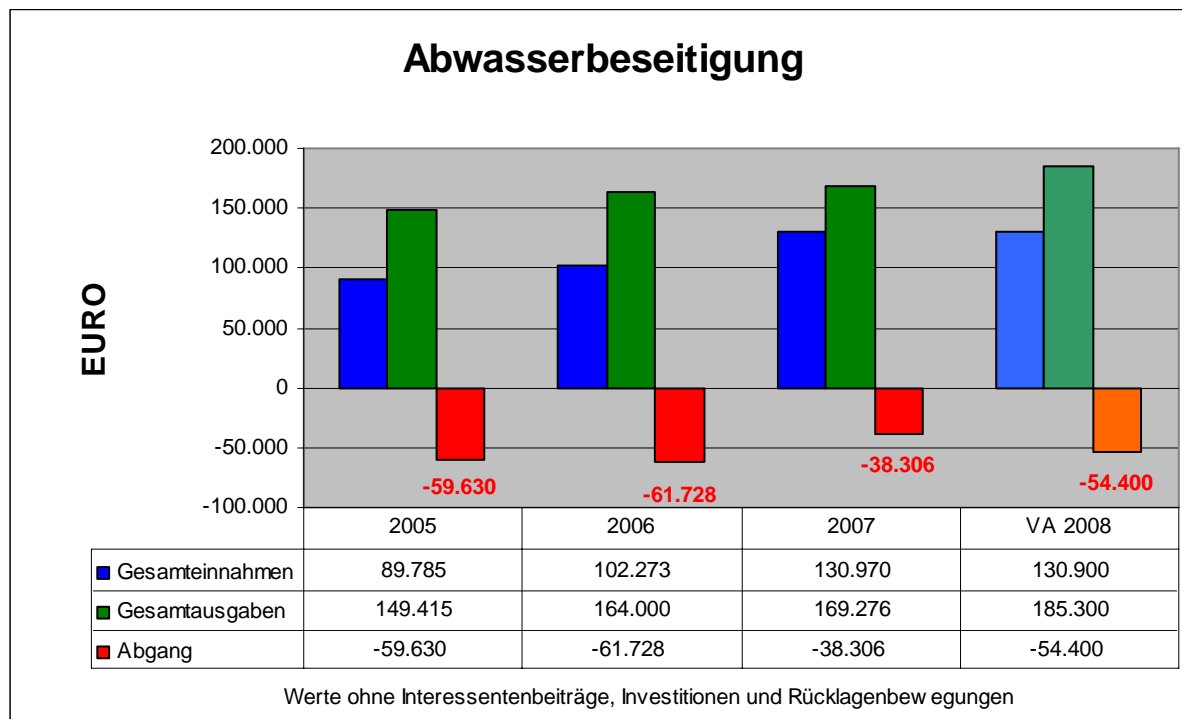
Weiters hat der Amtsleiter seit 1.11.2005 eine Freistellung gegen Kürzung der Bezüge (Sabbatical). Dadurch fallen hier bei seiner Vollbeschäftigung nur rd. 50 % der Personalausgaben an. Folglich zeigen sich die Personalausgaben derzeit geringer und steigen erst bei tatsächlicher Freistellung des Amtsleiters bzw. bei dessen Nachbesetzung deutlich an.

Bei der Marktgemeinde sind lt. Dienstpostenplan im Rechnungsabschluss 2007 insgesamt 10 Bedienstete beschäftigt. Davon sind 5 in der Verwaltung (4,4 PE – davon 1 PE Büroaufzulehrling ab 1.8.2006), 3 im Bauhof (davon 1 Klärwärter zu 1 PE) und 2 in der Reinigung (Schule und Amt; zusammen 0,875 PE) tätig. Das Beschäftigungsausmaß aller Bediensteten entspricht ca. 8 Vollbeschäftigungen.

Die Bewertung und die Anzahl der Posten in der Verwaltung entsprechen der Oö. Gemeinde Dienstpostenplanverordnung 2002.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



In den letzten Jahren wurden laufend hohe Abgänge verursacht. Die fehlenden Mittel - in den letzten 4 Jahren insgesamt rd. € 223.000 - mussten dadurch jährlich vom ordentlichen Haushalt finanziert werden. Auch 2008 wurde wieder ein Abgang von rd. € 54.400 prognostiziert.

Der Grund für den enormen Abgang liegt in den hohen Schuldentrückzahlungen für die errichtete Kläranlage und die Kanalstränge. Im Jahr 2007 mussten alleine für die Zinsen- und Tilgungszahlungen rd. € 104.100 (ds. rd. 62 % der gesamten Ausgaben beim Kanal) aufgewendet werden. Die Kosten konnten nicht einmal mit den eingenommenen Kanalbenutzungsgebühren (rd. € 95.000) bedeckt werden.

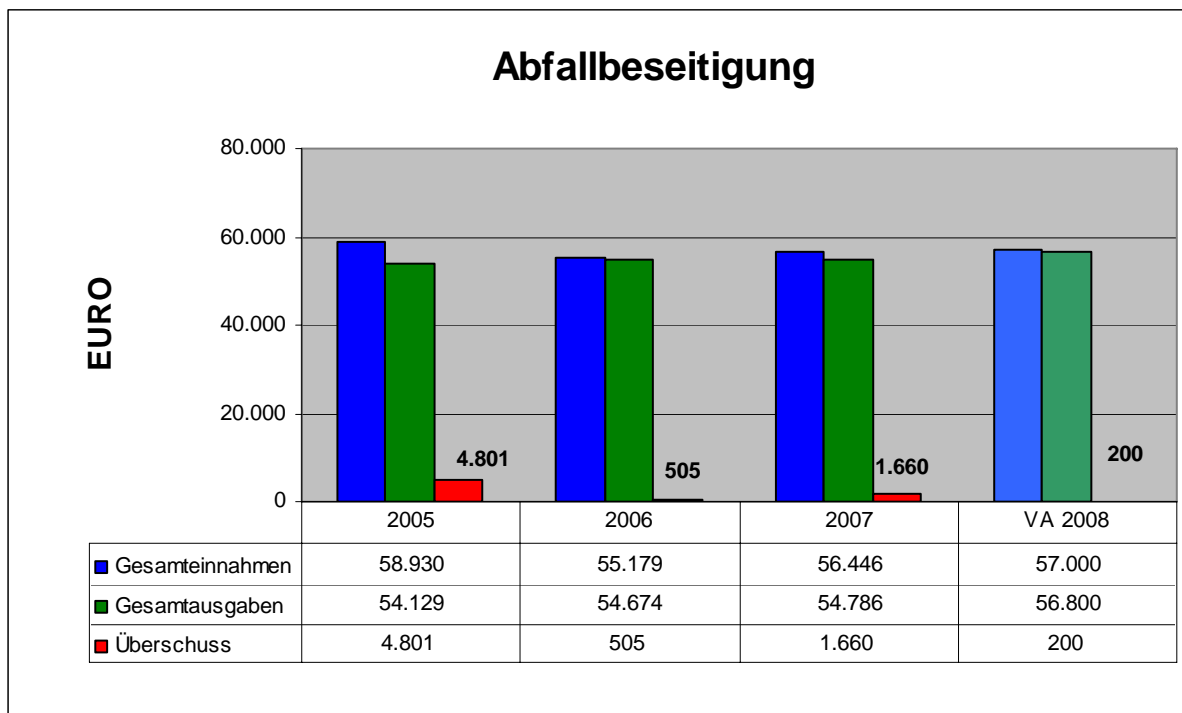
Darüber hinaus fallen noch weitere Kostenfaktoren wie zB. Personalkosten und Instandhaltungen an, die schlussendlich als Abgang übrig bleiben. Erst im Jahr 2011, bei Wegfall der Zahlungen für die Kläranlage, wird die Abwasserbeseitigung zumindest ausgeglichen bilanzieren können. Durch die Nähe der Kläranlage zum unmittelbar anschließenden neuen Bauhof können Synergien genutzt werden.

Die Kanalbenutzungsgebühr setzt sich aus einer Grundgebühr je Hausanschluss und einer verbrauchsabhängigen Kanalbenutzungsgebühr zusammen.

Die Grundgebühr beträgt je Hausanschluss ab 1.1.2008 € 127,33 (ds. rd. 41 m³) netto. Die Kanalbenutzungsgebühr pro Kubikmeter verbrauchten Wassers (für die an die genossenschaftliche Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke wie auch aus eigenen Brunnen- bzw. Wasserversorgungsanlagen) wurde mit € 2,48 netto festgelegt. Durch diese Gebührengestaltung ergibt sich, dass für einen Haushalt bis 6 Personen die eingehobenen Gebühren über und ab einem 7 Personenhaushalt bzw. einem großen Wohngebäude unter den Mindestgebühren des Landes liegen. Die kostendeckende Benutzungsgebühr liegt lt. Gebührenkalkulation für 2007 bei € 9,18 (netto).

Als Mindestanschlussgebühr wird ab 1.1.2008 € 2.760 bzw. je m²-Fläche € 21,10 netto eingehoben. Diese entspricht den Vorgaben des Landes OÖ.

Abfallbeseitigung



Im Bereich der Abfallbeseitigung konnten bis dato jeweils kleinere Überschüsse bzw. Abgänge erzielt werden. In Summe gesehen war die Abfallbeseitigung in den letzten 4 Jahren kostendeckend. Es gab keine nennenswerten positiven noch negativen Ergebnisjahre, sodass in diesem Bereich von einer angepassten Gebührenfestsetzung gesprochen werden kann.

Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einwohner betragen 2007 rd. € 35.

Die Abwicklung der Restmüllabfuhr und der Biomüllabfuhr erfolgt durch den Bezirksabfallverband Rohrbach (BAV). Der BAV erbringt seit 2004 sämtliche Leistungen für eine geordnete Abfallentsorgung, wobei die Gebührenerhebung von der Gemeinde erledigt wird.

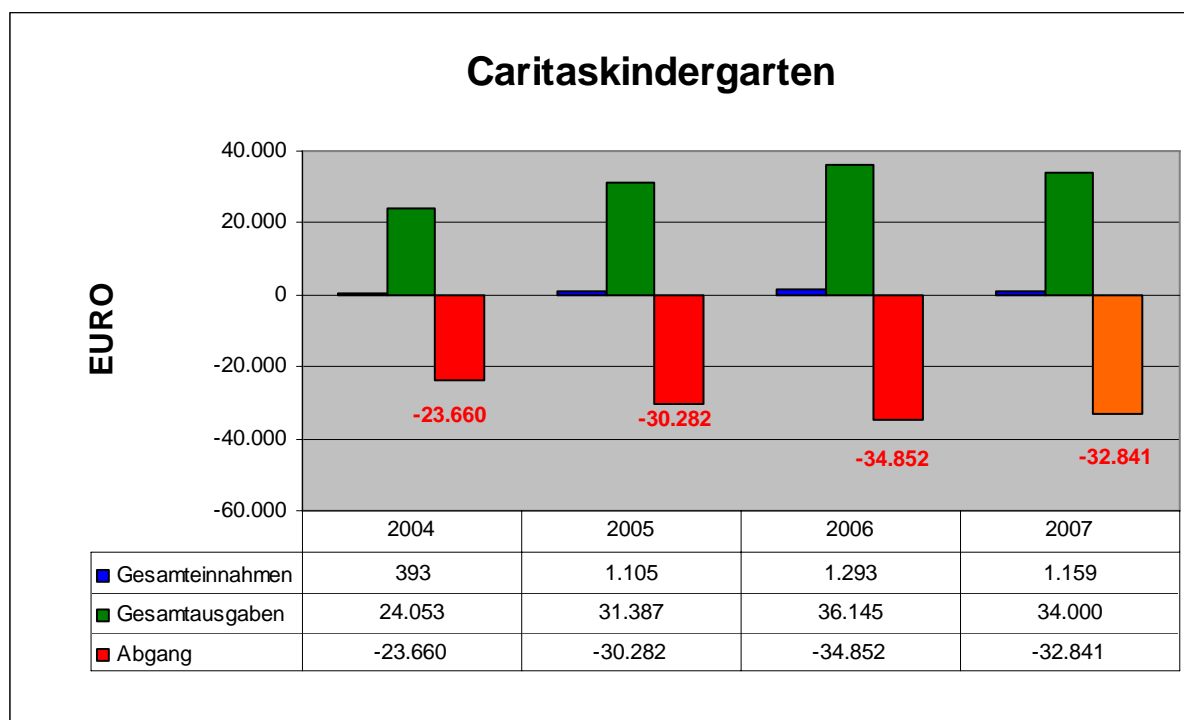
Zuletzt wurden die Abfallgebühren ab 2006 neu festgesetzt. Den Abfallgebühren wurde ein grundsätzlich vierwöchiger Abfuhrintervall (13 Abfahren) zu Grunde gelegt.

Die Abfallgebühren betragen für

Restmülltonne/-sack mit 80 l	€ 112,20,
Restmülltonne mit 120 l	€ 134,20 und
Restmülltonne mit 1.100 l	€ 1.065,90.

Werden darüber hinaus weitere Gebinde abgeführt, so ist je 80 l bzw. 120 l Behältnis eine zusätzliche Gebühr (€ 3,50 bzw. € 4,07) fällig. Bei zweiwöchiger Abfuhr verdoppeln sich die oben angeführten Gebührentarife.

Kindergarten



Der zweigruppige Ganztageskindergarten wird von der Pfarrcaritas geführt. Der Betrieb des Kindergartens verursachte jährlich hohe Abgänge.

Im Jahr 2006/2007 besuchten 32 Kinder (Auslastung 72 %) den Kindergarten. In den Vorjahren (2003 bis 2006) war der Besuch von durchschnittlich ca. 35 Kindern gegeben. Im 4-jährigen Beobachtungszeitraum verblieb ein Abgang von jährlich rd. € 28.400. Daraus errechnet sich eine Subvention der Marktgemeinde pro Kind und Jahr von durchschnittlich rd. € 810. Für das Jahr 2007 errechnet sich ein etwas höherer Subventionsbeitrag von € 1.030. Ausschlaggebend dafür waren steigende Ausgaben bei geringerer Kinderanzahl.

Aus den Unterlagen war zu ersehen, dass im Kindergartenjahr 2006/2007 von den insgesamt 34 Kindern (davon 2 Integrationskinder) nur 16 Kinder (47 % = 1 Gruppe) eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nahmen. Beschäftigt waren 2 vollbeschäftigte Kindergärtnerinnen, 1 Stützkraft (23 Wochenstunden), 2 Helferinnen (insgesamt 50 Stunden) und eine Reinigungskraft (6 Stunden). Auch eine Helferin hat noch Reinigungsarbeiten zu erledigen.

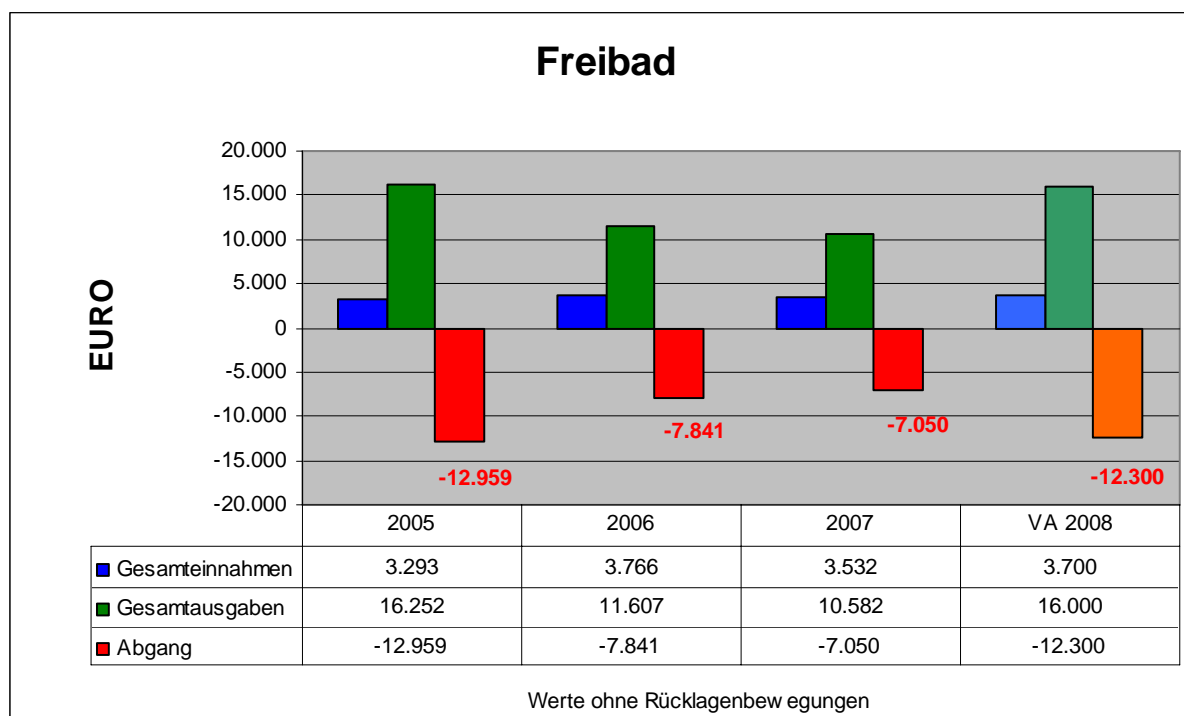
Für das Kindergartenjahr 2007/2008 hat der Rechtsträger nach der Elternbeitragsverordnung 2007 den Höchstbeitrag für eine halbtägige Betreuung mit € 91 (100 %) festgelegt. Bei Inanspruchnahme der Mindestöffnungszeit inklusive der Mittagsbetreuung beträgt der Höchstbeitrag € 105 (115 %), bei ganztägiger Betreuung € 121 (133 %).

Weitere Kosten erwachsen aus dem Transport der Kindergartenkinder. Unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse beträgt der von der Gemeinde zu bedeckende Abgang im Schnitt der vergangenen 3 Jahre rd. € 3.400 jährlich.

Bei durchschnittlich 20 transportierten Kindern ergab sich für die Gemeinde ein Aufwand pro Kind und Jahr von rd. € 170.

Der Mindestbeitrag für die Begleitperson beim Kindergartentransport von € 8 pro Kind wird eingehoben.

Freibad



Das Freibad wies von 2004 bis 2007 einen durchschnittlichen Betriebsfehlbetrag von rd. €10.400 auf. In den letzten 2 Jahren ging der jährliche Abgang deutlich zurück. Ausschlaggebend dafür waren einerseits höhere Einnahmen bei den Badeintritten und andererseits geringere Ausgaben bei den Vergütungsleistungen für Bauhofleistungen bzw. den Instandhaltungen.

Für das Jahr 2008 wird lt. Voranschlag bei gleichbleibenden Einnahmen und höheren Ausgaben mit einem Abgang von € 12.300 gerechnet.

Im Jahr 2007 wurden an 36 Badetagen insgesamt 587 Tageskarten, 144 Abendkarten und 114 Saison- bzw. Gruppenkarten verkauft. Daraus errechnet sich ein Zuschuss durch die Gemeinde pro Badetag von rd. € 200 bzw. pro Karte von rd. € 8,34. 2006 waren 34 Badetage zu verzeichnen, womit die Zuschusssituation in etwa gleich war.

Die letzte Abänderung der Badetarife erfolgte durch den Gemeindevorstand am 9.12.2004 für die Badesaison 2005 und liegt demnach schon fast vier Jahre zurück. Zum Verkauf kommen Tageskarten, Abendkarten (ab 18.00 Uhr) und Saisonkarten. Darüber hinaus gibt es für Schüler und Familien mit Familienkarte des Landes OÖ eine Ermäßigung. Die Tarife lauten derzeit wie folgt:

	Erwachsene	Jugendliche	Schüler/mit Fk.	Familie/mit Fk.
Tageskarte	2,20	1,50	1,10 0,70	5,00 4,50
Abendkarte	1,20	0,90	0,70 0,50	3,00 2,50
Saisonkarte	25,00	17,00	11,00	50,00 40,00

Ca. 67 % der Einnahmen werden aus Saisonkarten Erlöst.

Für das Jahr 2008 wird lt. Voranschlag mit einer Steigerung des Abganges auf rd. € 12.300 gerechnet.

Aufgrund der bereits lange zurückliegenden Anpassung der Tarife und des jährlichen Abganges ist für die Badesaison 2009 bzw. nach erfolgter Sanierung eine Erhöhung der Tarife vorzunehmen. Der Preis der Saisonkarten ist zumindest auf das 15-fache des Einzelpreises anzuheben.

Gemeindevertretung

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss (PA) ist in den letzten 3 Jahren mit drei Prüfungen (2006 und 2007) bzw. einer Prüfung (2005) seinem gesetzlichen Prüfungsauftrag nicht nachgekommen. Im Sinne des § 91 Abs. 3 Oö. GemO 1990 ist die Überprüfung der Gebarung nicht nur an Hand des Rechnungsabschlusses sondern auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich vorzunehmen. Als Mindestmaß sind daher jährlich fünf Prüfungen notwendig.

Es wurde auch festgestellt, dass die Prüftätigkeit des Prüfungsausschusses nicht sehr intensiv und abwechselnd war. Auch blieben notwendige Prüfungsgebiete (zB. Förderungen) von der Einsichtnahme und der Prüfung durch den PA ausgeschlossen. Effektive Ergebnisse bzw. gesetzte Handlungen aufgrund von Prüfungen konnten nicht gesehen werden. In den Berichten an den Gemeinderat werden bei festgestellten Mängeln konkrete an den Gemeinderat gerichtete Umsetzungs- und Verbesserungsvorschläge vermisst.

Das Mindestmaß von jährlich 5 Sitzungen ist abzuhalten. Dem Prüfungsausschuss wird angeraten, zukünftig etwas intensivere und tiefergehende Prüfungen in allen prüfungsrelevanten Bereichen im Sinne der im § 91 Oö. GemO 1990 auferlegten Kontrollfunktion vorzunehmen.¹

Sitzungsgeldverordnung

Vom Gemeinderat wurde im Juni 1998 eine Sitzungsgeldverordnung beschlossen, in welcher geregelt ist, dass für eine Sitzung des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und eines Ausschusses sowie für die Vorsitzführung durch den Obmann eines Ausschusses 1 % des Bezuges eines nicht hauptberuflichen Bürgermeisters (derzeit rd. € 24) jährlich im Nachhinein ausbezahlt werden. Im Jahr 2007 wurden Zahlungen von rd. € 2.730 für Sitzungsgelder geleistet.

Die maximale gesetzliche Höchstgrenze von 3 % ist somit bei keinem Gemeindeorgan ausgenützt worden. Eine sparsame Mittelverwendung ist in diesem Bereich damit gegeben.

Verfügunsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters sind in den letzten 3 Jahren jeweils unter der möglichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 v. T. der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht worden. Folglich wurde mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umgegangen und der vorgegebene Höchststrahmen wurde im gesamten Zeitraum (2005 bis 2007) durchschnittlich zu rd. 60 % (ds. jährlich € 4.800) in Anspruch genommen.

Die jährliche Inanspruchnahme war wie folgt:

	2005	2006	2007
Verfügunsmittel			
getätigte Ausgaben in Euro	4.029,07	2.378,83	5.632,22
mögliche Höchstgrenze lt. VA	4.826,10	5.096,40	5.933,40
% des möglich. Rahmens	83,49	46,68	94,92
Repräsentationsmittel			
getätigte Ausgaben in Euro	0,00	0,00	2.261,20
mögliche Höchstgrenze lt. VA	2.413,05	2.548,20	2.966,70
% des möglich. Rahmens	0,00	0,00	76,22

¹ siehe dazu die Schriftenreihe des Oö. Gemeindebundes "Die Aufgaben des Prüfungsausschusses"

Obwohl die Verfügungs- und Repräsentationsmittel sparsam und wirtschaftlich verwendet wurden, war gegenüber den Vorjahren im Jahr 2007 doch eine verstärkte Inanspruchnahme der Mittel festzustellen. Vorallem die Kosten für die Eröffnungsfeierlichkeiten des neuen Bauhofs trugen dazu bei.

Weitere Gebarungsfeststellungen

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben blieb die Gemeinde in den letzten Jahren in einem annehmbaren Rahmen.

Im Jahr 2007 waren die Ausgaben mit rd. € 26.100 gegeben. Daraus errechnet sich ein Betrag pro Einwohner von rd. € 16. Dieser Betrag liegt über den maßgeblichen Landesvorgaben von € 15 und daher ist hier eine sparsamer Vorgangsweise beizubehalten.

Die höchsten Beiträge entfielen auf die Bereiche Sport (€ 7.400), Musik bzw. Kultur (€ 9.400), Soziales (€ 2.900) und Ferienaktion (€ 2.500). Die restlichen Förderungen für Organisationen bzw. freiwillige Ausgaben sind im Rahmen von € 100 bis € 600.

Allgemeine Richtlinien für die Vergabe von Subventionen an Vereine, Institutionen und Organisationen gibt es nicht. Aufgrund von Ansuchen werden Subventionen vergeben. Bezüglich der Vorlage von Verwendungsnachweisen gibt es keine schriftlichen Vorgaben. Bei jährlich wiederkehrenden Subventionen für Vereine lag kein Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung bei.

Künftig sind für alle Förderungen Nachweise (zB. bezahlte Rechnungen) einzufordern, welche die widmungsgemäße Verwendung der Förderung einwandfrei dokumentieren. Gelegentlich wäre auch die Gesamtfinanzsituation des Förderungsempfängers zu durchleuchten, damit die Förderungswürdigkeit beurteilt werden kann.

Investitionen und Instandhaltungen

Die getätigten Investitionen im ordentlichen Haushalt betragen im Jahr 2005 rd. € 29.300, 2006 rd. € 44.100 und 2007 rd. € 100.000.

Die größten Investitionen im Jahr 2007 wurden für die Gemeindeverwaltung (€ 10.600 – Kopierer, PC, Notebook, Software), für die Freiwillige Feuerwehr (€ 17.000 - Sirene), für die Gemeindestraßen (€ 14.600 – diverse Zufahrten, Grunderwerb), für den Bauhof (€ 11.200 – Schotterboxen, Schneeketten), für die Kläranlage (€ 11.700 – Heizungsanlage) und für den Erwerb von Grundstücken (€ 33.100) getätigt.

Die Kosten für die Instandhaltungen sind in den letzten Jahren stetig angestiegen (2004 - € 32.400; 2005 - € 40.000 und 2006 - € 49.500). Im Jahr 2007 war jedoch ein Rückgang auf rd. € 33.000 feststellbar.

Bei den Instandhaltungen waren 2007 die höchsten Ausgaben im Bereich des Bauhofs (€ 11.200 – Reparaturen von Fahrzeugen und Maschinen), der Freiwilligen Feuerwehren (€ 5.100 - Reparaturen von Fahrzeugen und Maschinen) und der öffentlichen Beleuchtung (€ 3.400) feststellbar.

Weitere Instandhaltungsmaßnahmen wurden bei der Volksschule (€ 3.200), bei den Sportanlagen (€ 3.000), bei der Abwasserbeseitigung (€ 2.700) und bei den ländlichen Zufahrten (€ 2.300) notwendig.

Bauhof

Der Bauhof, in dem neben den Personalausgaben für die Bauhofarbeitern auch die Kosten der gesamten Gerätschaften und Fahrzeuge abgerechnet werden, erwirtschaftete in der Vergangenheit jährliche hohe Abgänge (2006 - €42.600; 2007 - €48.300).

Diese Abgänge kamen zu Stande, weil die von den Bauhofarbeitern geleisteten Arbeitsstunden bzw. die von den Fahrzeugen verursachten Aufwendungen nicht zur Gänze bzw. überhaupt nicht auf die einzelnen leistungserhaltenden Einrichtungen umgelegt wurden. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind jedoch alle anfallenden Kosten den Leistungserhaltern anzulasten.

Durch diese Vorgangsweise war bei den belasteten Verwaltungszweigen (z.B. Gemeindestraßen, Freibad, Sportplätze usw.) keine Kostenwahrheit gegeben.

Der innere Leistungsverkehr gelangt derzeit nicht vollständig zur Verrechnung. Die Vergütungssätze sind künftig so zu verrechnen, dass sämtliche beim Bauhof anfallenden Kosten abgedeckt werden und die Bauhofgebarung - bis auf kleinere Abweichungen - ein ausgeglichenes Ergebnis zeigt. Der so ermittelte Wert stellt nur den inneren Leistungsverkehr ohne finanzielle Auswirkung dar und trägt wesentlich zur Darstellung der tatsächlichen Kosten (= Grundlage für eine eventuelle spätere Kostenstellenrechnung) bei. Für Leistungen nach außen sind Stundensätze nach betriebswirtschaftlichen Kalkulationen zu verrechnen.

Nahwärme

Seit 1997 wird die Volksschule, der Kindergarten und die Pfarre (Kirche und Pfarrheim) mit der in der Volksschule situierten und im Gemeinde- bzw. Pfarreigentum stehenden Hackschnitzelanlage (200 kW Nennleistung) beheizt. Die Anlage ist nunmehr ca. 11 Jahre in Betrieb und hat bis dato keine größeren Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Reparaturen verursacht.

Die Hackschnitzelheizung wird durch den Schulwart der Volksschule betrieben und gewartet. Für diese Tätigkeiten (Übernahme der Hackschnitzel – 34 %, Ascheentleerung – 38 %, Störungen und Instandhaltungen – 28 %) wendet der Schulwart jährlich rd. 50 Stunden auf, wobei die Aschenentleerung bzw. Hackschnitzelübernahme den größten Aufwand verursacht.

Da die Gemeinde und die Pfarre die Hackschnitzelanlage gemeinsam errichteten, wurde vereinbart, dass nur die Hackgut- bzw. Betriebskosten in Höhe der Einstands- bzw. Selbstkosten zur Verrechnung gelangen. Dadurch sind von der Gemeinde wie auch von der Pfarre nur die tatsächlich anfallenden Kosten jährlich zu bezahlen.

Von 2002 bis 2007 wurden jährlich je nach Witterung 280 bis 350 MWh Wärme erzeugt, wobei die Gemeinde für die Volksschule rd. 55 % und die Pfarre rd. 45 % Anteile hatten. Auch die Kosten je MWh Wärme blieben mit € 38 bis € 41 (jeweils brutto) in den letzten 6 Jahren sehr konstant. Dies bedeutet, dass sowohl das Hackgut als auch die Wartungs- bzw. Betriebskosten von 2002 bis 2007 keine größeren Preissteigerungen erfuhren.

Im Jahr 2005 wäre geplant gewesen, dass eine örtliche Nahwärmegesellschaft die Heizung betreibt und die gelieferte Wärme zu festgelegten MWh-Preisen an die Gemeinde bzw. an die Pfarre verkauft hätte. Bei Übernahme der Wärmelieferung durch die Betreibergesellschaft wären der Gemeinde bei gleicher Wärmeabnahme höhere Heizkosten von jährlich rd. € 6.000 entstanden. Da die Gemeinde hier eine Kostenanalyse durchführte, wurden die Mehrkosten sichtbar.

Die Gemeinde hat durch ihre Entscheidung die Heizung selbst weiter zu betreiben die Gebärungsgrundsätzen der Wirtschaftlichkeit wie auch Sparsamkeit beachtet und dadurch eine unvermeidbare finanzielle Mehrbelastung des ordentlichen Haushalts vermieden.

Aufschließungsbeiträge

Die Gemeinde hat im Jahr 2002 mit der Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem O.ö. Raumordnungsgesetz 1994 begonnen. Die dadurch in den letzten 6 Jahren erzielten Einnahmen lagen im Straßenbereich bei rd. € 65.000 und im Kanalbereich bei rd. € 81.000. Die Aufschließungsbeiträge wurden zur Gänze zur Finanzierung der außerordentlichen Bauvorhaben verwendet bzw. den Rücklagen zugeführt.

Ab 2007 wurde auch mit der Einhebung der Erhaltungsbeiträge für die Kanalanlagen begonnen, wobei Einnahmen von rd. € 6.900 erzielt wurden.

Vorhaben im außerordentlichen Haushalt

Allgemeines

Der außerordentliche Haushalt (aoH) zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 im Rechnungsabschluss einen Abgang von rd. € 19.700. Bei den insgesamt 8 Vorhaben zeigten 6 ein ausgeglichenes und 2 ein negatives Ergebnis.

Folgende 2 Vorhaben zeigen einen Abgang:

- Ankauf Streugerät - € 10.000 und
- Grundankauf Dikany - rd. € 9.700.

Das Vorhaben Ankauf Streugerät wird im Jahr 2008 laut Finanzierungsplan mit Bedarfszuweisungsmitteln (BZ) von € 10.000 ausfinanziert. Ebenso wird der Abgang beim Grundankauf Dikany mit BZ im Jahr 2008 ausfinanziert.

Von den restlichen 6 Vorhaben wird nur mehr ein Vorhaben (Ortschaftsweg Seilerweg) finanziell weitergeführt. Die verbleibenden 5 Vorhaben sind baulich wie auch finanziell abgeschlossen.

Den Gemeindeverantwortlichen muss bei der finanziellen Abwicklung der Vorhaben im außerordentlichen Haushalt ein wirtschaftliches Vorgehen bescheinigt werden.

Investitionsvorschau

In den nächsten Jahren hat die Marktgemeinde sehr viele Baumaßnahmen bzw. Sanierungen geplant, wobei für diese Vorhaben noch keine gesicherten Finanzierungen vorliegen.

Folgende Vorhaben stehen zur Diskussion und scheinen bereits im mittelfristigen Finanzplan der Gemeinde auf:

- Sanierung Freibad (€ 872.000; Bauphase 2009 bis 2010)
- Sanierung Volksschule (€ 200.000; Bauphase 2010)
- Veranstaltungsraum (€ 1,010 Mio.; Bauphase 2009 bis 2010)
- Musikprobenraum (€ 500.000; Bauphase 2009)
- Errichtung Spielplatz (€ 53.000; Bauphase 2008 bis 2009)
- Kronewittbach (€ 60.000; Bauphase 2008) und
- Ortschaftsweg Seilerweg (€ 10.000; Bauphase 2008)

Aus den oa. geplanten Maßnahmen errechnet sich ein Investitionsvolumen von rd. € 2,7 Mio. bis in das Jahr 2011. In Anbetracht der Größe der Gemeinde können die geplanten Investitionen sowohl aus finanzieller als auch dem Zeithorizont nach als doch sehr massiv angesehen werden.

Die Realisierung aller geplanten Vorhaben würde eine unüberwindliche finanzielle Herausforderung für die Gemeinde darstellen, da die Gemeinde auch einen Anteil zu den Finanzierungen leisten müsste.

Das zukünftige Investitionspaket kann in ihrer Zeitabfolge als unrealistisch und finanziell nicht durchführbar bezeichnet werden. Die Realisierung aller Vorhaben hätte einen markanten Liquiditätsengpass im Haushalt zur Folge, den es zu verhindern gilt. Deshalb sind die geplanten Vorhaben nach den vorhandenen Mitteln und nach der Priorität nur Zug um Zug zu realisieren. Die Leistbarkeit und die Folgekosten einer Investition sind vor der tatsächlichen Realisierung immer zu prüfen.

Schlussbemerkung

In den Jahren 2003 und 2004 hatte der ordentliche Haushalt einen Abgang erwirtschaftet. Durch Rücklagenauflösung und eine sparsame Gebarungsführung konnte ab 2005 die Trendwende von einer negativen hin zu einer positiven Gebarungssituation geschafft werden. Den Gemeindeverantwortlichen kann eine wirtschaftliche Vorgangsweise bescheinigt werden.

Aufgrund der vielen geplanten Vorhaben sind bei den dafür notwendigen Beschlüssen die finanziellen Folgen für den Gemeindehaushalt genau auszuloten und in die Entscheidungen einfließen zu lassen.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne gegeben. Für diese sehr konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird den Bediensteten des Gemeindeamtes, insbesondere dem Amtsleiter, ein besonderer Dank ausgesprochen.

In der Schlussbesprechung am 2. April 2009 mit dem Bürgermeister und dem Amtsleiter konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Linz, 2. April 2009

Walter Wittinghofer